

Ausgabe  
in deutscher Sprache

## Rechtsvorschriften

### Inhalt

#### I *Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte*

- Verordnung (EG) Nr. 2744/94 der Kommission vom 10. November 1994 zur Festsetzung der Mindestabschöpfungen bei der Einfuhr von Olivenöl sowie der Einfuhrabschöpfungen für andere Erzeugnisse des Olivenölsektors ..... 1
- \* **Verordnung (EG) Nr. 2745/94 der Kommission vom 10. November 1994 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1866/90 über die Einzelheiten der Verwendung des Ecu beim Haushaltsvollzug für die Strukturfonds** ..... 4
- \* **Verordnung (EG) Nr. 2746/94 der Kommission vom 10. November 1994 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3719/88 über gemeinsame Durchführungsvorschriften für Einfuhr- und Ausfuhrlicenzen sowie Voraussetzungsbescheinigungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse** ..... 6
- \* **Verordnung (EG) Nr. 2747/94 der Kommission vom 10. November 1994 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 3254/93 hinsichtlich Obst und Gemüse im Rahmen der Sonderregelung für die Versorgung der kleineren Inseln des Ägäischen Meeres** ..... 8
- \* **Verordnung (EG) Nr. 2748/94 der Kommission vom 10. November 1994 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2028/94 zur Eröffnung der vorbeugenden Destillation gemäß Artikel 38 der Verordnung (EWG) Nr. 822/87 des Rates für das Wirtschaftsjahr 1994/95** ..... 9
- Verordnung (EG) Nr. 2749/94 der Kommission vom 10. November 1994 zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen anwendbaren Einfuhrabschöpfungen ..... 10
- Verordnung (EG) Nr. 2750/94 der Kommission vom 10. November 1994 zur Festsetzung der Prämien, die den Einfuhrabschöpfungen für Getreide, Mehl und Malz hinzugefügt werden ..... 12

#### II *Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte*

##### **Kommission**

94/726/EG :

- Entscheidung der Kommission vom 20. Oktober 1994 über die Einfuhrlizenzen für aus Botsuana, Kenia, Madagaskar, Swasiland, Simbabwe und Namibia stammende Erzeugnisse des Sektors Rindfleisch ..... 14

**Inhalt (Fortsetzung)**

**94/727/EG :**

**Entscheidung der Kommission vom 24. Oktober 1994 die im Rahmen der Ausschreibungen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2417/94 eingereichten Angebote zur Festsetzung der Beihilfe für die private Lagerhaltung von Schlachtkörpern und Schlachtkörperhälften von Lämmern nicht zu berücksichtigen ..... 16**

## I

*(Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)***VERORDNUNG (EG) Nr. 2744/94 DER KOMMISSION**

vom 10. November 1994

**zur Festsetzung der Mindestabschöpfungen bei der Einfuhr von Olivenöl sowie der Einfuhrabschöpfungen für andere Erzeugnisse des Olivenölsektors**DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN  
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen  
Gemeinschaft,gestützt auf die Verordnung Nr. 136/66/EWG des Rates  
vom 22. September 1966 über die Errichtung einer  
gemeinsamen Marktorganisation für Fette<sup>(1)</sup>, zuletzt geän-  
dert durch die Verordnung (EG) Nr. 3179/93<sup>(2)</sup>, insbeson-  
dere auf Artikel 16 Absatz 2,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1514/76 des Rates  
vom 24. Juni 1976 über die Einfuhren von Olivenöl aus  
Algerien<sup>(3)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung  
(EWG) Nr. 1900/92<sup>(4)</sup>, insbesondere auf Artikel 5,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1521/76 des Rates  
vom 24. Juni 1976 über die Einfuhren von Olivenöl mit  
Ursprung in Marokko<sup>(5)</sup>, zuletzt geändert durch die  
Verordnung (EWG) Nr. 1901/92<sup>(6)</sup>, insbesondere auf  
Artikel 5,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1508/76 des Rates  
vom 24. Juni 1976 über die Einfuhren von Olivenöl aus  
Tunesien<sup>(7)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung  
(EWG) Nr. 413/86<sup>(8)</sup>, insbesondere auf Artikel 5,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1180/77 des Rates  
vom 17. Mai 1977 über die Einfuhr bestimmter landwirt-  
schaftlicher Erzeugnisse mit Ursprung in der Türkei in  
die Gemeinschaft<sup>(9)</sup>, zuletzt geändert durch die Verord-  
nung (EWG) Nr. 1902/92<sup>(10)</sup>, insbesondere auf Artikel 10  
Absatz 2,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1620/77 des Rates  
vom 18. Juli 1977 über die Einfuhr von Olivenöl aus dem  
Libanon<sup>(11)</sup>,

in Erwägung nachstehender Gründe :

In ihrer Verordnung (EWG) Nr. 3131/78<sup>(12)</sup>, geändert  
durch die Akte über den Beitritt Griechenlands, hat die  
Kommission beschlossen, für die Festsetzung der  
Abschöpfungen für Olivenöl auf das Ausschreibungsver-  
fahren zurückzugreifen.In Artikel 3 der Verordnung (EWG) Nr. 2751/78 des  
Rates vom 23. November 1978 über die allgemeinen  
Durchführungsvorschriften für die Festsetzung der  
Einfuhrabschöpfung bei Olivenöl durch Ausschrei-  
bung<sup>(13)</sup> wird bestimmt, daß der Mindestabschöpfungsbe-  
trag des jeweiligen Erzeugnisses aufgrund der Prüfung des  
Weltmarktes und des Gemeinschaftsmarktes sowie der  
von den Bietern genannten Abschöpfungsbeträge festzu-  
setzen ist.Bei der Erhebung der Abschöpfung sind die Vorschriften  
zu berücksichtigen, die in dem Abkommen zwischen der  
Gemeinschaft und bestimmten Drittländern aufgeführt  
sind. Bei der Festsetzung der Abschöpfung für diese  
Drittländer ist die für die Einfuhren aus den anderen  
Drittländern zu erhebende Abschöpfung als Berech-  
nungsgrundlage zu benutzen.Gemäß Artikel 101 Absatz 1 der Entscheidung  
91/482/EWG des Rates vom 25. Juli 1991 über die Asso-  
ziation der überseeischen Länder und Gebiete mit der  
Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft<sup>(14)</sup> werden bei der  
Einfuhr von Erzeugnissen mit Ursprung in den überseei-  
schen Ländern und Gebieten keine Abschöpfungen  
erhoben.Die Anwendung der vorgenannten Einzelheiten auf die  
am 7. und 8. November 1994 von den Bietern vorge-  
legten Abschöpfungsbeträge führt dazu, die Mindestab-  
schöpfungen gemäß Anhang I zu dieser Verordnung fest-  
zusetzen.Die bei der Einfuhr von Oliven der KN-Codes  
0709 90 39 und 0711 20 90 sowie von Erzeugnissen der  
KN-Codes 1522 00 31, 1522 00 39 und 2306 90 19 zu  
erhebende Abschöpfung muß ausgehend von der  
Mindestabschöpfung berechnet werden, die auf die in  
diesen Erzeugnissen enthaltene Ölmenge anwendbar ist.  
Die Abschöpfung für Olivenöl darf jedoch nicht geringer  
sein als ein Betrag, der 8 % des Wertes des eingeführten<sup>(1)</sup> ABl. Nr. 172 vom 30. 9. 1966, S. 3025/66.<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 285 vom 20. 11. 1993, S. 9.<sup>(3)</sup> ABl. Nr. L 169 vom 28. 6. 1976, S. 24.<sup>(4)</sup> ABl. Nr. L 192 vom 11. 7. 1992, S. 1.<sup>(5)</sup> ABl. Nr. L 169 vom 28. 6. 1976, S. 43.<sup>(6)</sup> ABl. Nr. L 192 vom 11. 7. 1992, S. 2.<sup>(7)</sup> ABl. Nr. L 169 vom 28. 6. 1976, S. 9.<sup>(8)</sup> ABl. Nr. L 48 vom 26. 2. 1986, S. 1.<sup>(9)</sup> ABl. Nr. L 142 vom 9. 6. 1977, S. 10.<sup>(10)</sup> ABl. Nr. L 192 vom 11. 7. 1992, S. 3.<sup>(11)</sup> ABl. Nr. L 181 vom 21. 7. 1977, S. 4.<sup>(12)</sup> ABl. Nr. L 370 vom 30. 12. 1978, S. 60.<sup>(13)</sup> ABl. Nr. L 331 vom 28. 11. 1978, S. 6.<sup>(14)</sup> ABl. Nr. L 263 vom 19. 9. 1991, S. 1.

Erzeugnisses entspricht, wobei dieser Betrag pauschal festgesetzt wird. Die Anwendung dieser Bestimmungen führt dazu, die Abschöpfungen gemäß Anhang II dieser Verordnung festzusetzen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*

Die Mindestabschöpfungen bei der Einfuhr von Olivenöl werden in Anhang I festgesetzt.

*Artikel 2*

Die auf die Einfuhr der anderen Erzeugnisse des Olivenölsektors anwendbaren Abschöpfungen werden in Anhang II festgesetzt.

*Artikel 3*

Diese Verordnung tritt am 11. November 1994 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 10. November 1994

*Für die Kommission*  
René STEICHEN  
*Mitglied der Kommission*

## ANHANG I

Mindestabschöpfungen bei der Einfuhr von Olivenöl<sup>(1)</sup>

(ECU/100 kg)

KN-Code	Drittländer
1509 10 10	79,00 <sup>(2)</sup>
1509 10 90	79,00 <sup>(2)</sup>
1509 90 00	92,00 <sup>(3)</sup>
1510 00 10	77,00 <sup>(2)</sup>
1510 00 90	122,00 <sup>(4)</sup>

(<sup>1</sup>) Gemäß Artikel 101 Absatz 1 der Entscheidung 91/482/EWG werden bei der Einfuhr von Erzeugnissen mit Ursprung in den überseeischen Ländern und Gebieten keine Abschöpfungen erhoben.

(<sup>2</sup>) Für die Einfuhr von vollständig in einem der nachstehend genannten Länder gewonnenem und unmittelbar aus diesen Ländern in die Gemeinschaft verbrachtem Öl dieses KN-Codes wird die Abschöpfung vermindert um :

- a) für den Libanon : 0,60 ECU/100 kg ;
- b) für Tunesien : 12,69 ECU/100 kg, sofern der Marktbeteiligte den Nachweis erbringt, daß er die von diesem Land festgesetzte Ausfuhrabgabe erstattet hat, wobei diese Erstattung den Betrag der tatsächlich eingeführten Abgabe nicht überschreiten darf ;
- c) für die Türkei : 22,36 ECU/100 kg, sofern der Marktbeteiligte den Nachweis erbringt, daß er die von diesem Land festgesetzte Ausfuhrabgabe erstattet hat, wobei diese Erstattung den Betrag der tatsächlich eingeführten Abgabe nicht überschreiten darf ;
- d) für Algerien und Marokko : 24,78 ECU/100 kg, sofern der Marktbeteiligte den Nachweis erbringt, daß er die von diesem Land festgesetzte Ausfuhrabgabe erstattet hat, wobei diese Erstattung den Betrag der tatsächlich eingeführten Abgabe nicht überschreiten darf.

(<sup>3</sup>) Für die Einfuhr von Öl dieses KN-Codes,

- a) vollständig in Algerien, Marokko und in Tunesien gewonnen und unmittelbar aus diesen Ländern in die Gemeinschaft verbracht, wird die Abschöpfung um 3,86 ECU/100 kg vermindert ;
- b) vollständig in der Türkei gewonnen und unmittelbar aus diesem Land in die Gemeinschaft verbracht, wird die Abschöpfung um 3,09 ECU/100 kg vermindert.

(<sup>4</sup>) Für die Einfuhr von Öl dieses KN-Codes,

- a) vollständig in Algerien, in Marokko und in Tunesien gewonnen und unmittelbar aus diesen Ländern in die Gemeinschaft verbracht, wird die Abschöpfung um 7,25 ECU/100 kg vermindert ;
- b) vollständig in der Türkei gewonnen und unmittelbar aus diesem Land in die Gemeinschaft verbracht, wird die Abschöpfung um 5,80 ECU/100 kg vermindert.

## ANHANG II

Abschöpfungen bei der Einfuhr der anderen Erzeugnisse des Olivenölssektors<sup>(1)</sup>

(ECU/100 kg)

KN-Code	Drittländer
0709 90 39	17,38
0711 20 90	17,38
1522 00 31	39,50
1522 00 39	63,20
2306 90 19	6,16

(<sup>1</sup>) Gemäß Artikel 101 Absatz 1 der Entscheidung 91/482/EWG werden bei der Einfuhr von Erzeugnissen mit Ursprung in den überseeischen Ländern und Gebieten keine Abschöpfungen erhoben.

**VERORDNUNG (EG) Nr. 2745/94 DER KOMMISSION**

vom 10. November 1994

zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1866/90 über die Einzelheiten der Verwendung des Ecu beim Haushaltsvollzug für die Strukturfonds

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN  
GEMEINSCHAFTEN —Agrarstruktur und die Entwicklung des ländlichen  
Raumes —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen  
Gemeinschaft,

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits<sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2082/93<sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 22,

*Artikel 1*

Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1866/90 erhält folgende Fassung :

*„Artikel 2*

**Erstellung gemeinschaftlicher Förderkonzepte, einziger Programmplanungsdokumente, von Vorschlägen für Gemeinschaftsinitiativen sowie Strukturinterventionen der Gemeinschaft für die Maßnahmen gemäß Artikel 31 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2328/91**

in Erwägung nachstehender Gründe :

Da die Förderkonzepte und Programmplanungsdokumente auf Ecu lauten, ist für sie vorbehaltlich der Bestimmung des zweiten Absatzes keine Indexierung erforderlich.

Nach Artikel 31 der Verordnung (EWG) Nr. 2328/91 des Rates<sup>(3)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2631/94 der Kommission<sup>(4)</sup>, sind für bestimmte, im Rahmen der Zielvorgabe 5a durchzuführende Maßnahmen für mehrere Jahre geltende Ausgabenschätzungen anzustellen.

In den Entscheidungen der Kommission zur Genehmigung

Die Verordnung (EWG) Nr. 1866/90 der Kommission<sup>(5)</sup>, geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 402/94<sup>(6)</sup>, ist deshalb so zu ergänzen, daß auch die Gemeinschaftsbeiträge, die für den gesamten Zeitraum durch die Entscheidungen festgesetzt wurden, die die Ausgabenvorausschätzungen für die in Artikel 31 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2328/91 genannten Maßnahmen betreffen, und ihre jährliche Aufteilung in Ecu zu den Preisen des jeweiligen Entscheidungsjahres ausgedrückt und der für die Strukturfonds anwendbaren Indexierung unterworfen werden.

— gemeinschaftlicher Förderkonzepte,  
— des einzigen Programmplanungsdokuments,  
— der Ausgabenvorausschätzungen für Maßnahmen der Verordnungen gemäß Artikel 31 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2328/91

und in den Entscheidungen über die den Mitgliedstaaten vorzuschlagenden Gemeinschaftsinitiativen sind die für den Gesamtzeitraum beschlossenen Gemeinschaftsbeiträge und ihre jährliche Aufteilung in Ecu zu Preisen des Jahres auszudrücken, in dem die jeweiligen Entscheidungen ergehen, und zu indexieren.“

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ausschusses für

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am siebten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 1.<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 193 vom 31. 7. 1993, S. 20.<sup>(3)</sup> ABl. Nr. L 218 vom 6. 8. 1991, S. 1.<sup>(4)</sup> ABl. Nr. L 280 vom 29. 10. 1994, S. 41.<sup>(5)</sup> ABl. Nr. L 170 vom 3. 7. 1990, S. 36.<sup>(6)</sup> ABl. Nr. L 54 vom 25. 2. 1994, S. 9.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 10. November 1994

*Für die Kommission*  
René STEICHEN  
*Mitglied der Kommission*

---

**VERORDNUNG (EG) Nr. 2746/94 DER KOMMISSION**

vom 10. November 1994

**zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3719/88 über gemeinsame Durchführungsvorschriften für Einfuhr- und Ausfuhrlicenzen sowie Voraussetzungsbescheinigungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide<sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1866/94<sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 2, Artikel 12 Absatz 6, Artikel 13 Absatz 6 sowie die entsprechenden Vorschriften anderer gemeinsamer Marktorganisationen,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die Gewährung von Einfuhr- und Ausfuhrlicenzen sowie Voraussetzungsbescheinigungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse wurde auch durch Verordnungen vorgesehen, die nicht in Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 3719/88 der Kommission<sup>(3)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3519/93<sup>(4)</sup>, genannt sind. Da außerdem mehrere der in dem genannten Artikel angeführten Verordnungen aufgehoben und durch andere Verordnungen ersetzt wurden, sollte dieser Artikel 1 auf den letzten Stand gebracht werden.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme der zuständigen Verwaltungsausschüsse —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*

Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 3719/88 erhält folgende Fassung :

*„Artikel 1*

Diese Verordnung enthält, unbeschadet abweichender Vorschriften in den besonderen Gemeinschaftsregelungen für bestimmte Erzeugnisse, die gemeinsamen Durchführungsvorschriften für Einfuhr- und Ausfuhrlicenzen sowie Voraussetzungsbescheinigungen — nachstehend Lizenzen genannt —, die erlassen sind oder vorgesehen werden durch :

— Artikel 19 der Verordnung Nr. 136/66/EWG (Fette),

— Artikel 4a der Verordnung Nr. 142/67/EWG (Raps- und Rübsensamen sowie Sonnenblumenkerne),

— Artikel 13 der Verordnung (EWG) Nr. 804/68 (Milch und Milcherzeugnisse),

— Artikel 15 der Verordnung (EWG) Nr. 805/68 und Artikel 5a der Verordnung (EWG) Nr. 885/68 (Rindfleisch),

— Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 2358/71 (Saatgut),

— Artikel 9 der Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 (Getreide),

— Artikel 14 der Verordnung (EWG) Nr. 2759/75 und Artikel 6 der Verordnung (EWG) Nr. 2768/75 (Schweinefleisch),

— Artikel 8a der Verordnung (EWG) Nr. 2771/75 und Artikel 6 der Verordnung (EWG) Nr. 2774/75 (Eier),

— Artikel 8a der Verordnung (EWG) Nr. 2777/75 und Artikel 6 der Verordnung (EWG) Nr. 2779/75 (Geflügel),

— Artikel 10 der Verordnung (EWG) Nr. 1418/76 (Reis),

— Artikel 15 der Verordnung (EWG) Nr. 3013/89 (Schaf- und Ziegenfleisch),

— Artikel 6 der Verordnung (EG) Nr. 1222/94 (landwirtschaftliche Erzeugnisse, die in Form von nicht unter Anhang II des Vertrages fallenden Waren ausgeführt werden),

— Artikel 13 der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 (Zucker, Isoglucose),

— Artikel 14 und 15 der Verordnung (EWG) Nr. 426/86 (Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse),

— Artikel 52 der Verordnung (EWG) Nr. 822/87 (Wein),

— Artikel 22b der Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 (Obst und Gemüse),

— Artikel 17 der Verordnung (EWG) Nr. 404/93 (Bananen).“

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am siebten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 181 vom 1. 7. 1992, S. 21.

<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 197 vom 30. 7. 1994, S. 1.

<sup>(3)</sup> ABl. Nr. L 331 vom 2. 12. 1988, S. 1.

<sup>(4)</sup> ABl. Nr. L 320 vom 22. 12. 1993, S. 16.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 10. November 1994

*Für die Kommission*  
René STEICHEN  
*Mitglied der Kommission*

---

**VERORDNUNG (EG) Nr. 2747/94 DER KOMMISSION**

vom 10. November 1994

**zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 3254/93 hinsichtlich Obst und Gemüse im Rahmen der Sonderregelung für die Versorgung der kleineren Inseln des Ägäischen Meeres**DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN  
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen  
Gemeinschaft,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2019/93 des Rates  
vom 19. Juli 1993 über Sondermaßnahmen für bestimmte  
landwirtschaftliche Erzeugnisse zugunsten der kleineren  
Inseln des Ägäischen Meeres<sup>(1)</sup>, geändert durch die  
Verordnung (EG) Nr. 822/94 der Kommission<sup>(2)</sup>, insbe-  
sondere auf Artikel 4,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Obst und Gemüse, auf das die genannte Regelung  
Anwendung findet, ist genannt in der Verordnung (EG)  
Nr. 3254/93 der Kommission<sup>(3)</sup>, geändert durch die  
Verordnung (EG) Nr. 825/94<sup>(4)</sup>, mit Durchführungsbe-  
stimmungen zur Verordnung (EWG) Nr. 2019/93 des  
Rates zu den Sondermaßnahmen hinsichtlich der beson-  
deren Versorgungsregelung für Obst und Gemüse zugun-  
sten der kleineren Inseln des Ägäischen Meeres.Das betreffende Obst- und Gemüseverzeichnis sollte jetzt  
um genießbaren Pfeffer des KN-Codes ex 0709 60 99  
ergänzt werden.Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen  
entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsaus-  
schusses für Obst und Gemüse —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*In den Anhängen I und II der Verordnung (EG) Nr.  
3254/93 wird unter der Fußnote „(\*)“ nach dem KN-Code  
0709 60 99 „ohne genießbaren Pfeffer“ eingefügt.*Artikel 2*Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröf-  
fentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemein-  
schaften* in Kraft.Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem  
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 10. November 1994

*Für die Kommission*

René STEICHEN

*Mitglied der Kommission*<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 184 vom 27. 7. 1993, S. 1.<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 95 vom 14. 4. 1994, S. 1.<sup>(3)</sup> ABl. Nr. L 293 vom 27. 11. 1993, S. 34.<sup>(4)</sup> ABl. Nr. L 95 vom 14. 4. 1994, S. 7.

## VERORDNUNG (EG) Nr. 2748/94 DER KOMMISSION

vom 10. November 1994

zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2028/94 zur Eröffnung der vorbeugenden Destillation gemäß Artikel 38 der Verordnung (EWG) Nr. 822/87 des Rates für das Wirtschaftsjahr 1994/95

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN  
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 822/87 des Rates vom 16. März 1987 über die gemeinsame Marktorganisation für Wein <sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1891/94 <sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 38 Absatz 5,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2028/94 der Kommission <sup>(3)</sup> sind die im Rahmen der vorbeugenden Destillation zu unterschreibenden Verträge und Erklärungen den zuständigen Interventionsstellen spätestens am 10. November 1994 vorzulegen. Da sich in mehreren Mitgliedstaaten bei der Fertigstellung der Verwaltungsunterlagen Verspätungen ergeben haben, sollte die Frist, die der Einreichung der betreffenden Verträge und Erklärungen bei den Interventionsstellen gesetzt ist, verlängert werden.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 10. November 1994

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Wein —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*

In Artikel 2 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 2028/94 wird der „10. November 1994“ durch den „25. November 1994“ ersetzt.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Sie gilt ab 10. November 1994.

*Für die Kommission*

René STEICHEN

*Mitglied der Kommission*

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 84 vom 27. 3. 1987, S. 1.

<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 197 vom 30. 7. 1994, S. 42.

<sup>(3)</sup> ABl. Nr. L 206 vom 9. 8. 1994, S. 5.

**VERORDNUNG (EG) Nr. 2749/94 DER KOMMISSION**

vom 10. November 1994

**zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen  
oder Roggen anwendbaren Einfuhrabschöpfungen**DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN  
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen  
Gemeinschaft,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates  
vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Marktorganisa-  
tion für Getreide<sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verord-  
nung (EG) Nr. 1866/94<sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 10  
Absatz 5 und Artikel 11 Absatz 3,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 3813/92 des Rates  
vom 28. Dezember 1992 über die Rechnungseinheit und  
die im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik anzuwen-  
denden Umrechnungskurse<sup>(3)</sup>, geändert durch die  
Verordnung (EG) Nr. 3528/93<sup>(4)</sup>,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die bei der Einfuhr von Getreide, Mehlen von Weizen  
und Roggen, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen zu  
erhebenden Abschöpfungen sind durch die Verordnung  
(EG) Nr. 1937/94 der Kommission<sup>(5)</sup> und die später zu  
ihrer Änderung erlassenen Verordnungen festgesetzt  
worden.Um ein reibungsloses Funktionieren der Abschöpfungsre-  
gelung zu ermöglichen, ist für die Berechnung derAbschöpfungen bei den floatenden Währungen der im  
Referenzzeitraum vom 9. November 1994 festgestellte  
repräsentative Marktkurs anzuwenden.Die Anwendung der in der Verordnung (EG) Nr. 1937/94  
enthaltenen Bestimmungen auf die heutigen Angebots-  
preise und Notierungen, von denen die Kommission  
Kenntnis hat, führt zu einer Änderung der gegenwärtig  
gültigen Abschöpfungen, wie im Anhang zu dieser  
Verordnung angegeben —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*Die bei der Einfuhr der in Artikel 1 Absatz 1 Buchstaben  
a), b) und c) der Verordnung (EWG) Nr. 1766/92  
genannten Erzeugnisse zu erhebenden Abschöpfungen  
werden im Anhang festgesetzt.*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 11. November 1994 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem  
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 10. November 1994

*Für die Kommission*

René STEICHEN

*Mitglied der Kommission*<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 181 vom 1. 7. 1992, S. 21.<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 197 vom 30. 7. 1994, S. 1.<sup>(3)</sup> ABl. Nr. L 387 vom 31. 12. 1992, S. 1.<sup>(4)</sup> ABl. Nr. L 320 vom 22. 12. 1993, S. 32.<sup>(5)</sup> ABl. Nr. L 198 vom 30. 7. 1994, S. 36.

## ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 10. November 1994 zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingriß von Weizen oder Roggen anwendbaren Einfuhrabschöpfungen

(ECU/Tonne)

KN-Code	Drittländer <sup>(*)</sup>
0709 90 60	92,68 <sup>(2)</sup> <sup>(3)</sup>
0712 90 19	92,68 <sup>(2)</sup> <sup>(3)</sup>
1001 10 00	6,56 <sup>(1)</sup> <sup>(3)</sup> <sup>(11)</sup>
1001 90 91	60,89
1001 90 99	60,89 <sup>(2)</sup> <sup>(11)</sup>
1002 00 00	109,54 <sup>(4)</sup>
1003 00 10	90,27
1003 00 90	90,27 <sup>(2)</sup>
1004 00 00	94,90
1005 10 90	92,68 <sup>(2)</sup> <sup>(3)</sup>
1005 90 00	92,68 <sup>(2)</sup> <sup>(3)</sup>
1007 00 90	95,59 <sup>(4)</sup>
1008 10 00	35,62 <sup>(2)</sup>
1008 20 00	36,68 <sup>(4)</sup> <sup>(2)</sup>
1008 30 00	6,35 <sup>(2)</sup>
1008 90 10	<sup>(7)</sup>
1008 90 90	6,35
1101 00 00	123,22 <sup>(2)</sup>
1102 10 00	189,75
1103 11 10	43,74
1103 11 90	145,13
1107 10 11	119,26
1107 10 19	91,86
1107 10 91	171,56 <sup>(10)</sup>
1107 10 99	130,94 <sup>(2)</sup>
1107 20 00	150,80 <sup>(10)</sup>

- (1) Für Hartweizen mit Ursprung in Marokko, der unmittelbar von diesem Land in die Gemeinschaft befördert wird, wird die Abschöpfung um 0,60 ECU je Tonne verringert.
- (2) Gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 715/90 werden keine Abschöpfungen unmittelbar bei der Einfuhr von Erzeugnissen mit Ursprung in den Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean in die französischen überseeischen Departements erhoben.
- (3) Für Mais mit Ursprung in den AKP-Staaten wird die Abschöpfung bei der Einfuhr in die Gemeinschaft um 1,81 ECU je Tonne verringert.
- (4) Für Hirse und Sorghum mit Ursprung in den AKP-Staaten, wird die Abschöpfung bei der Einfuhr in die Gemeinschaft gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 715/90 erhoben.
- (5) Für Hartweizen und Kanariensaat, die in der Türkei erzeugt und unmittelbar aus diesem Land in die Gemeinschaft befördert worden sind, wird die Abschöpfung um 0,60 ECU je Tonne verringert.
- (6) Die zu erhebende Abschöpfung auf Roggen, der vollständig in der Türkei erzeugt und unmittelbar aus diesem Land in die Gemeinschaft befördert wurde, wird durch die Verordnungen (EWG) Nr. 1180/77 des Rates (ABl. Nr. L 142 vom 9. 6. 1977, S. 10), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1902/92 (ABl. Nr. L 192 vom 11. 7. 1992, S. 3), und (EWG) Nr. 2622/71 der Kommission (ABl. Nr. L 271 vom 10. 12. 1971, S. 22), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 560/91 (ABl. Nr. L 62 vom 8. 3. 1991, S. 26), bestimmt.
- (7) Bei der Einfuhr von Erzeugnissen des KN-Codes 1008 90 10 (Triticale) wird die Abschöpfung von Roggen erhoben.
- (8) Gemäß Artikel 101 Absatz 1 der Entscheidung 91/482/EWG werden bei der Einfuhr von Erzeugnissen mit Ursprung in den überseeischen Ländern und Gebieten Abschöpfungen nur erhoben, wenn Absatz 4 desselben Artikels angewandt wird.
- (9) Auf Erzeugnisse dieses Codes, die aus Polen und Ungarn im Rahmen der zwischen diesen Ländern und der Gemeinschaft geschlossenen Abkommen und im Rahmen der Interimsabkommen zwischen der Tschechischen Republik, der Slowakischen Republik, Bulgarien und Rumänien und der Gemeinschaft mit einer gemäß der Verordnung (EG) Nr. 121/94 oder (EG) Nr. 335/94 erteilten Bescheinigung EUR 1 eingeführt werden, werden die im Anhang der genannten Verordnungen angegebenen Abschöpfungen erhoben.
- (10) Gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 1180/77 des Rates wird diese Abschöpfung für die Erzeugnisse mit Ursprung in der Türkei um 5,44 ECU/t verringert.
- (11) Für die Abschöpfung auf Erzeugnisse dieser Codes, die im Rahmen der Verordnung (EG) Nr. 774/94 erhoben wird, gelten die Beschränkungen gemäß dieser Verordnung.

**VERORDNUNG (EG) Nr. 2750/94 DER KOMMISSION**

vom 10. November 1994

**zur Festsetzung der Prämien, die den Einfuhrabschöpfungen für Getreide, Mehl und Malz hinzugefügt werden**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide<sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1866/94<sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 12 Absatz 4,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 3813/92 des Rates vom 28. Dezember 1992 über die Rechnungseinheit und die im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik anzuwendenden Umrechnungskurse<sup>(3)</sup>, geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3528/93<sup>(4)</sup>,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die Prämien, die den Abschöpfungen für Getreide und Malz hinzugefügt werden, sind durch die Verordnung (EG) Nr. 1938/94 der Kommission<sup>(5)</sup> und die später zu ihrer Änderung erlassenen Verordnungen festgesetzt worden.

Um ein reibungsloses Funktionieren der Abschöpfungsregelung zu ermöglichen, ist für die Berechnung der

Abschöpfungen bei den floatenden Währungen der im Referenzzeitraum vom 9. November 1994 festgestellte repräsentative Marktkurs anzuwenden.

Aufgrund der heutigen cif-Preise und der heutigen cif-Preise für Terminkäufe werden die zur Zeit geltenden Prämien, die den Abschöpfungen hinzugefügt werden, wie im Anhang zu dieser Verordnung angegeben geändert —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*

Die Prämien, um die sich die im voraus festgesetzten Abschöpfungen bei der Einfuhr der in Artikel 1 Absatz 1 Buchstaben a), b) und c) der Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 genannten Erzeugnisse erhöhen, sind im Anhang festgesetzt.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 11. November 1994 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 10. November 1994

*Für die Kommission*

René STEICHEN

*Mitglied der Kommission*<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 181 vom 1. 7. 1992, S. 21.<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 197 vom 30. 7. 1994, S. 1.<sup>(3)</sup> ABl. Nr. L 387 vom 31. 12. 1992, S. 1.<sup>(4)</sup> ABl. Nr. L 320 vom 22. 12. 1993, S. 32.<sup>(5)</sup> ABl. Nr. L 198 vom 30. 7. 1994, S. 39.

## ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 10. November 1994 zur Festsetzung der Prämien, die den Einfuhrabschöpfungen für Getreide, Mehl und Malz hinzugefügt werden

## A. Getreide und Mehl

(ECU/Tonne)

KN-Code	laufender Monat 11	1. Term. 12	2. Term. 1	3. Term. 2
0709 90 60	0	0	0	0
0712 90 19	0	0	0	0
1001 10 00	0	0	0	0
1001 90 91	0	0	10,21	8,67
1001 90 99	0	0	10,21	8,67
1002 00 00	0	0	0	0
1003 00 10	0	0	0	0
1003 00 90	0	0	0	0
1004 00 00	0	0	0	0
1005 10 90	0	0	0	0
1005 90 00	0	0	0	0
1007 00 90	0	0	0	0
1008 10 00	0	0	0	0
1008 20 00	0	0	0	0
1008 30 00	0	0	0	0
1008 90 90	0	0	0	0
1101 00 00	0	0	14,00	12,16
1102 10 00	0	0	0	0
1103 11 10	0	0	0	0
1103 11 90	0	0	0	0

## B. Malz

(ECU/Tonne)

KN-Code	laufender Monat 11	1. Term. 12	2. Term. 1	3. Term. 2	4. Term. 3
1107 10 11	0	0	18,17	15,43	15,43
1107 10 19	0	0	13,58	11,53	11,53
1107 10 91	0	0	0	0	0
1107 10 99	0	0	0	0	0
1107 20 00	0	0	0	0	0

## II

(Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

## KOMMISSION

## ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 20. Oktober 1994

über die Einfuhrlizenzen für aus Botsuana, Kenia, Madagaskar, Swasiland, Simbabwe und Namibia stammende Erzeugnisse des Sektors Rindfleisch

(94/726/EG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 715/90 des Rates vom 5. März 1990 über die Regelung für landwirtschaftliche Erzeugnisse und bestimmte aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen hergestellte Waren mit Ursprung in den Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean oder in den überseeischen Ländern und Gebieten<sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 235/94<sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 27,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2377/80 der Kommission vom 4. September 1980 über die besonderen Durchführungsvorschriften für Ein- und Ausfuhrlicenzen für Rindfleisch<sup>(3)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1084/94<sup>(4)</sup>, insbesondere auf Artikel 15 Absatz 6 Buchstabe b) Ziffer i),

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die Verordnung (EWG) Nr. 715/90 sieht die Möglichkeit vor, für Erzeugnisse des Sektors Rindfleisch Einfuhrlizenzen zu erteilen. Allerdings müssen die Einfuhren im Rahmen der für jedes einzelne exportierende Drittland vorgesehenen Mengen erfolgen.

Die vom 1. bis 10. Oktober 1994 eingereichten, in Fleisch ohne Knochen ausgedrückten Anträge auf Erteilung einer Lizenz im Sinne des Artikels 15 Absatz 1 Buchstabe b) der Verordnung (EWG) Nr. 2377/80 für aus Botsuana,

Kenia, Madagaskar, Swasiland, Simbabwe und Namibia stammende Erzeugnisse übersteigen nicht die für diese Staaten verfügbaren Mengen. Es ist daher möglich, Einfuhrlizenzen für die beantragten Mengen auszustellen.

Es ist die Festsetzung der Mengen vorzunehmen, für welche ab dem 1. November 1994 Lizenzen im Rahmen der Gesamtmenge von 57 242 Tonnen, festgestellt durch die Verordnung (EG) Nr. 578/94 der Kommission<sup>(5)</sup>, geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2528/94<sup>(6)</sup>, beantragt werden können.

Es wird in diesem Zusammenhang daran erinnert, daß mit dieser Entscheidung nicht die Richtlinie 72/462/EWG des Rates vom 12. Dezember 1972 zur Regelung tierseuchenrechtlicher und gesundheitlicher Fragen bei der Einfuhr von Rindern, Schweinen, Schafen und Ziegen, von frischem Fleisch oder von Fleischerzeugnissen aus Drittländern<sup>(7)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1601/92<sup>(8)</sup>, beeinträchtigt wird —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Die nachstehend aufgeführten Mitgliedstaaten stellen am 21. Oktober 1994 für aus bestimmten Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean stammende Erzeugnisse des Sektors Rindfleisch, ausgedrückt in entbeintem Fleisch, Einfuhrlizenzen für die angegebenen Mengen und Ursprungsländer aus:

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 84 vom 30. 3. 1990, S. 85.

<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 30 vom 3. 2. 1994, S. 12.

<sup>(3)</sup> ABl. Nr. L 241 vom 13. 9. 1980, S. 5.

<sup>(4)</sup> ABl. Nr. L 120 vom 11. 5. 1994, S. 30.

<sup>(5)</sup> ABl. Nr. L 74 vom 17. 3. 1994, S. 6.

<sup>(6)</sup> ABl. Nr. L 269 vom 20. 10. 1994, S. 13.

<sup>(7)</sup> ABl. Nr. L 302 vom 31. 12. 1972, S. 28.

<sup>(8)</sup> ABl. Nr. L 173 vom 27. 6. 1992, S. 13.

*Deutschland:*

- 200,00 Tonnen mit Ursprung in Botsuana,
- 223,50 Tonnen mit Ursprung in Madagaskar,
- 300,00 Tonnen mit Ursprung in Namibia,

*Italien:*

- 60,55 Tonnen mit Ursprung in Madagaskar,

*Niederlande:*

- 100,00 Tonnen mit Ursprung in Botsuana,
- 220,50 Tonnen mit Ursprung in Madagaskar,

*Vereinigtes Königreich:*

- 450,00 Tonnen mit Ursprung in Botsuana,
- 790,00 Tonnen mit Ursprung in Simbabwe,
- 550,00 Tonnen mit Ursprung in Namibia.

*Artikel 2*

Anträge auf Lizenzen können gemäß Artikel 15 Absatz 6 Buchstabe b) Ziffer ii) der Verordnung (EWG) Nr. 2377/80 in den ersten zehn Tagen des Monats November

1994 für folgende Mengen entbeinten Rindfleisches gestellt werden :

— Botsuana :	6 351,00 Tonnen,
— Kenia :	142,00 Tonnen,
— Madagaskar :	3 347,17 Tonnen,
— Swasiland :	1 721,00 Tonnen,
— Simbabwe :	6 540,50 Tonnen,
— Namibia :	1 443,00 Tonnen.

*Artikel 3*

Diese Entscheidung ist an alle Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 20. Oktober 1994

*Für die Kommission*

René STEICHEN

*Mitglied der Kommission*

## ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 24. Oktober 1994

die im Rahmen der Ausschreibungen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2417/94 eingereichten Angebote zur Festsetzung der Beihilfe für die private Lagerhaltung von Schlachtkörpern und Schlachtkörperhälften von Lämmern nicht zu berücksichtigen

(94/727/EG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 3013/89 des Rates vom 25. September 1989 über die gemeinsame Marktorganisation für Schaf- und Ziegenfleisch<sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1886/94<sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 7 Absatz 5,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 3446/90 der Kommission vom 27. November 1990 mit Durchführungsbestimmungen betreffend die Gewährung von Beihilfen für die private Lagerhaltung von Schaf- und Ziegenfleisch<sup>(3)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3533/93<sup>(4)</sup>, insbesondere auf Artikel 12 Absatz 1 Buchstabe f),

in Erwägung nachstehender Gründe :

Mit der Verordnung (EWG) Nr. 3447/90 der Kommission vom 28. November 1990 über besondere Bestimmungen für die Gewährung von Beihilfen für die private Lagerhaltung von Schaf- und Ziegenfleisch<sup>(5)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1258/91<sup>(6)</sup>, wurde die Verordnung (EWG) Nr. 3446/90 insbesondere durch Vorschriften für das Ausschreibungsverfahren vervollständigt.

Mit der Verordnung (EG) Nr. 2417/94 der Kommission<sup>(7)</sup> wurde eine Ausschreibung zur Festsetzung der Beihilfe für die private Lagerhaltung von Schlachtkörpern und Schlachtkörperhälften von Lämmern eröffnet.

Nach Artikel 12 Absatz 1 Buchstabe f) der Verordnung (EWG) Nr. 3446/90 ist die Höchstbeihilfe für die private Lagerhaltung unter Zugrundelegung der eingereichten Gebote festzusetzen oder ist der Ausschreibung nicht stattzugeben.

Nach Untersuchung der eingereichten Angebote im Lichte der aktuellen Marktlage ist den Ausschreibungen nicht stattzugeben.

Die in dieser Entscheidung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Schafe und Ziegen —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*

Im Rahmen der mit der Verordnung (EG) Nr. 2417/94 eröffneten Ausschreibungen wird kein Angebot berücksichtigt.

*Artikel 2*

Diese Entscheidung ist an alle Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 24. Oktober 1994

*Für die Kommission*

René STEICHEN

*Mitglied der Kommission*

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 289 vom 7. 10. 1989, S. 1.

<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 197 vom 30. 7. 1994, S. 30.

<sup>(3)</sup> ABl. Nr. L 333 vom 30. 11. 1990, S. 39.

<sup>(4)</sup> ABl. Nr. L 321 vom 23. 12. 1993, S. 9.

<sup>(5)</sup> ABl. Nr. L 333 vom 30. 11. 1990, S. 46.

<sup>(6)</sup> ABl. Nr. L 120 vom 15. 5. 1991, S. 15.

<sup>(7)</sup> ABl. Nr. L 258 vom 6. 10. 1994, S. 13.